

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

199 (27.8.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 6.50 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 6.50 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Abzählern 6 M. monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Kuisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonialsache 1.20 M. Die Restamezeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der politische Mordmord an dem Abg. Erzberger

Erzberger das Opfer der deutschnationalen-militaristischen Hege — 12 Schüsse gegen den verhassten politischen Gegner — Der Zentrumsabgeordnete Diez verwundet

WZ. Bad Griesbach, 26. Aug. Heute vormittag 11 Uhr waren die Reichstagsabgeordneten Erzberger und Diez-Radolfzell auf einem Spaziergang nach der Alexanderbrücke begriffen. Die beiden Herren wurden auf dem Rückweg von zwei gut gekleideten jungen Männern überholt, die bald darauf an einer Weglehre vor ihm standen. Ohne ein Wort zu sagen, feuerten die jungen Leute aus kürzester Entfernung auf Erzberger und Diez eine große Anzahl Schüsse ab. Diez wurde in die Schulter getroffen und sank zu Boden. Erzberger suchte Schutz in einer Büchse, wurde aber von den Mördern verfolgt und durch einen Kopfschuss getötet. Insgesamt sind 12 Schüsse auf ihn abgefeuert worden. Von den Tätern, die mit größter Kaltblütigkeit zu Werke gingen, und sich kurz zuvor mit einem Strafswörter unterhalten hatten, liegen genaue Beschreibungen vor. Doch konnten sie bis jetzt nicht festgenommen werden. Gegen Abend wurde die Leiche Erzbergers, nachdem die Gerichtsbehörden den Tatbestand aufgenommen hatten, nach Griesbach zu Tal gebracht und hier aufgebahrt. Erzberger wollte mit Frau und Tochter schon seit 8 Tagen zur Erholung in Griesbach. Diez, den ein Kurgast nach Griesbach geleitet, hat Aufnahme im Stenburger Krankenhaus gefunden. — Soweit bisher mit Sicherheit festgelegt werden konnte handelt es sich um keinen Raubmord.

Die Staatsanwaltschaft hat sich, wie die Presseabteilung der badischen Regierung mitteilt, alsbald an den Tatort begeben. Umfassende Maßnahmen zur Aufklärung des Mordes und zur Verfolgung der Täter sind eingeleitet. Der Generalstaatsanwalt ist persönlich von Karlsruhe aus mit Kriminalpolizei an die Mordstelle abgereist.

oder bis zum Fanatismus aufgepeitscht wird, haben wir erst dieser Tage an einem Seitenwärt der Pfadfinder dargelegt. Und da nationalitätliche Mordbuben seit dem Mord an Liebknecht und Rosa Luxemburg wenig zu fürchten haben, so wirkt diese traurige Tatsache direkt aufmunternd. Wir sagen es hier ganz offen: uns hat die Nachricht von der Ermordung Erzbergers nicht überrascht. Wir fürchteten seit Monaten für sein Leben. Und seit dem Augenblicke, wo es der nationalitätlichen Hege nicht gelungen war, den Verhassten in Gerichtsgefängnissen und durch die gekauften Subjekte in der nationalitätlichen Presse moralisch totzuschlagen, stiegen unsere Befürchtungen höher.

Belleidstelegramme des Reichspräsidenten und Reichskanzlers

WZ. Berlin, 27. Aug. Der Reichspräsident hat an die Frau des Reichsministers a. D. Erzberger folgendes Belleidstelegramm gerichtet: „Tief erschüttert von dem Verbrechen, dem Ihr Gatte zum Opfer fiel, spreche ich Ihnen die herzlichste Teilnahme aus. Möge Sie das Bewußtsein trösten, daß in leuchtendster Entzückung über die heroische That der deutsche Volk an Ihrer Trauer aufrichtigen Anteil nehmen.“

Erzberger war den Herrschaften gefährlich. Es stand sicher zu erwarten, daß er wieder in den parlamentarischen Kampf zurückkehren wird, auch wenn außer der nationalitätlichen Meute die alten Erzberger nicht adeligen und industriellen Anhang in der Zentrumsfraktion selbst dagegen mit allen Kräften sich wehrten. Und kam er wieder, konnte er wieder die Reichstagstribüne betreten, dann gab es für die Nationalisten böse Tage. Wie wenige andere Politiker in Deutschland, vielleicht wie kein anderer, besaß Herr Erzberger intime Informationen. Und es war ja auch nicht unbekannt, — der Ermordete, der leider so oft das Herz auf der Zunge trug, ist daran nicht unschuldig — daß er die Zeit seiner unfreiwilligen parlamentarischen Ferien in dem an ihm gewohnten Fleiße nicht ungenügend hätte verbracht lassen.

Und endlich: Kom er wieder, so war sein Einfluß auf die Zentrumsfraktion in hohem Maße zu fürchten. Wenn auch langsam, aber ganz sichtbar für alle Kundigen vollzog sich im Reichstagszentrum die Rechtsorientierung. Sie war entschieden nach der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit durch Erzberger gefährdet.

So eine Kugel ist doch ein ungemein bequemes Schießmittel: mit einer einzigen, wenn sie aus einer gut gezielten Schußwaffe abgefeuert wird, kann nicht nur der Straßendieb, sondern auch der Reichstagsabgeordnete, man kann durch eine einfache und leichte Bewegung des rechten Zeigefingers auf einen Abzugsbügel auch einen verhassten politischen Gegner in wenigen Sekunden für immer unschädlich machen. Und der gestern auf eine solche schreckliche Weise ermordete Politiker gehörte zu den in bestimmten Kreisen am allermeisten gehassten Persönlichkeiten. Was Wunder, wenn die Mordbuben sich nicht mit einer Kugel begnügten, sondern dem tödlich gehassten politischen Gegner gleich ein Duzend in den Körper jagten!

Außerdem und überdies: die nationalitätliche Presse hat es ihren Lesern schauerlich genug geschildert, daß Herr Erzberger auf den jetzigen Kanzler bestimmenden Einfluß ausübte. Wir wissen nicht, ob das zutrifft und es interessiert uns auch nicht. Jedenfalls bei der Gestaltung der neuen sogenannten Verfassungen scheint Herr Erzberger kaum auf den Kanzler-Einfluß ausgeübt zu haben, sonst wären sie weder so ärmlich noch so kläglich ausgefallen.

Da sind halt ein paar Rüstolentugeln, die treffen, ein ganz probates Mittel. Erzberger liegt tot und stumm — Herr Diez weiß nun, was die Stunde geschlagen hat. Ten einen traf man tödlich fürpörllich, den anderen will man jeilich tief verwunden.

Der politische Mordmord an Erzberger wird ein paar Tage lang Entzückung und Abscheu auslösen. Und dann werden sich Bürgers- und Arbeitsmann wieder beruhigen, weiter politisch bequem, indifferent und — nach wie vor der alte deutsche Michel bleiben. . . .

Matthias Erzberger ist am 20. September 1875 zu Bittenhausen in Württemberg geboren, also nicht ganz 46 Jahre alt geworden. Er war kurze Zeit Lehrer, wandte sich aber frühzeitig der Schriftstellerei zu und wurde 1903 zum erstenmal in den Reichstag gewählt, dem er bis jetzt ununterbrochen angehört hat. Den Ermordeten zeichnete ein ganz ungewöhnlicher Fleiß, eine auffallende Auffassungsgabe und ein erstaunliches Gedächtnis aus. Gewiß, politisch gleich er manchmal dem Lyrikvetter; Beständigkeit war nicht gerade seine Stärke. Wir haben jedenfalls bei ihm stets nur auf die augenblickliche Gegenwart, niemals aber auf die Zukunft geachtet. Aber ganz unbestreitbar besaß er lebhaftes soziales Verständnis und hat auch vor der Revolution mit Mut und Geschick den Kampf gegen die Bürokratie und gegen die überlebten Formen des zusammengebrochenen Staatswesens geführt.

Wir haben oft genug mit ihm die Klänge freier Mission, an seiner Bahre senken wir trauernd und in voller Achtung saluterend den Degen.

Der Kommunismus in Jena — Jena im Kommunismus

Nomen est omen. Die kommunistische Partei hat sich Jena als Tagungsort ausgesucht. Zu dem Vorherrscher der kommunistischen Redner in Jena genügt, wenn man den Artikel von Wilhelm Herzog liest, der in der 'Roten Fahne' erschienen ist.

Der Bolschewismus ist jetzt. Nichts ist erklärter gegenüber dem Korrespondenten der 'Chicago Tribune' auf die Frage, ob die russische Regierung den Gedanken einer Weltrevolution aufgegeben habe.

Das ist ein harter Labal. Aber es kommt noch härter. Auf der deutschen Ostmesse wurde von einem Vertreter der Sowjetregierung folgendes wunderbare Geständnis über das große bolschewistische Wirtschaftsexperiment abgegeben.

Als Weltrevolution und Bolschewismus war nichts weiter als Kriegsmassnahmen. Das hätten die Herren in Moskau ein bißchen früher sagen sollen, viel unnützer Jant wäre unterblieben und die kommunistischen Arbeiter in Deutschland hätten gegenüber den bolschewistischen Agitatoren sagen können.

Die Rückfahrt in den Kapitalismus ist in Rußland heute in vollem Gange. Der Staat verpackt jetzt die Betriebe, die er selbst nicht mehr weiterführen kann. Die Selbständigkeit der Betriebe wieder gefördert, die staatliche Versorgung der Arbeiter zu einer Entlohnung umgewandelt.

Manon Lescaut

Roman von A. B. Prébois (Fortsetzung)

Während wir unsere Vorbereitungen trafen, hörte ich an das Hausstor klopfen. Ich zweifelte nicht daran, daß es G. M. sei, und in meiner Aufregung antwortete ich, es sei um sein Leben geschehen, wenn er sehr läme.

Mein Freund schrieb, er benutze Herrn G. M.s Begehren, am Geld zu holen, um mir eine schmerzliche Idee mitzuteilen. Er glaube, ich könnte mich nicht empfindlicher an meinem Nebenbuhler rächen, als indem ich sein Souper verzehre und die Nacht in dem Bette schlief, das er mit meiner Geliebten hatte teilen wollen.

Ich zeigte diesen Brief Manon und teilte ihr mit, welche List ich angewendet hatte, um zu ihr dringen zu können. Sie bewunderte meinen und Herrn v. L.s regen Erfindungsgeist.

Endlich gab ich ihrem Drängen nach, obwohl mein Herz eine unglückliche Katastrophe ahnte, und entfernte mich, um einige Geldstücken, mit denen ich durch Lescaut bekannt geworden war, für unseren Zweck zu gewinnen.

Eine gute und gepfefferte Satire auf den Ehrendoktor Ludendorff

Auf die Ernennung des geschlagenen Helden des Weltkrieges, Ludendorff, zum Ehrendoktor der medizinischen Fakultät Königsberg, finden wir in der Freiburger 'Volkswoche' diesen satirisch gehaltenen Vortrag des Doktor-Diploms: Darum ist sich die hohe medizinische Fakultät der alten Albertina in ererbender Ehrfurcht bewußt, daß sie nicht Euer Erzellenz, sondern sich unendlich ehrt, wenn sie aus Anlaß der Gegenwart Eurer Erzellenz in der alten preussischen Königs- und Krönungsstadt Euer Erzellenz blüht.

Euer Erzellenz haben für die Entschuldig der deutschen medizinischen Wissenschaft solche hervorragenden und in die Einzeltät weisenden Verdienste, daß es unmöglich ist, Eurer Erzellenz Leistungen im einzelnen auch nur einigermaßen gerecht zu würdigen.

Euer Erzellenz haben während einer medizinischen Praxis von nur vier Jahren in genialster und großartigster Weise an sechshundert Stellen zwei Millionen deutschen Männern und Junglingen zu ewiger Gesundheit zu verhelfen.

Euer Erzellenz beispielloses Verdienst mit ist es, wenn heute Hunderttausende, die vor 1914 die Sprechzimmer der Ärzte füllten, heute tot da liegen.

Euer Erzellenz haben im Verein mit Eurer Erzellenz großen Nachfolgeren dem Feindbunde die Welt vier Jahre hindurch zur hellen Begeisterung der medizinischen Fakultät zu einem großen Operations- und Sektieraal umschaltet.

Euer Erzellenz haben das uralte Mittel des Aderlassens auf der Basis modernsten Wissens so vollkommen und so erfolgreich im großen Maße neu benutzt, daß eine blühende Industrie in Gebirgsfelsen und Denkmälern in Eurer Erzellenz mit Recht ihren Hochverehrten und erhabenen Gründer feiert.

Euer Erzellenz tüchtige Gesundheit machte es — Gott sei in diesem Falle gedankt — unnötig, Eurer Erzellenz erprobte Heilmittel auf Eurer Erzellenz höchst eigenem Leibe anzuprobieren.

Die hohe medizinische Fakultät bedauert, verabschiedet mit Eurer Erzellenz aufs tiefste, daß Eurer Erzellenz Patienten auf die Dauer die nötige Einsicht und das notwendige Vertrauen zu Eurer Erzellenz tiefverdächtigten Methoden und hohen Eingebungen nicht beizubringen, vielmehr Eurer Erzellenz mit gesüßtem Dolche von hinten drohen, so daß Eurer Erzellenz angegriffene Gesundheit befahrensamerweise im Ausland Heilung suchen mußte.

Die hohe medizinische Fakultät der alten Albertina zu Königsberg hofft aber mit Eurer Erzellenz zu Gott, daß die Unreinheit und Schmach gegenwärtiger Zeitaltre dahinschwänden und eine Zeit wiederkehren möge, die Eurer Erzellenz eminenten Männern Gelegenheit gibt, Deutschlands und der Welt Genesenen endlich mit Eurer Erzellenz Methoden und Instrumenten herbeizuführen.

Gegeben Königsberg, den 14. August 1921. Die hohe usw.

Parteienossen! Stärkt den Wahlfond!

gehört hätte, um was es sich handelte, als er mir sicheren Erfolg versprach. Er forderte nur zehn Pistolen als Lohn für drei Soldaten, die er zu dem Abenteuer engagieren wollte.

Ich blieb so lange bei ihnen, bis ich G. M. am Ende der Straße ersah, wo auch ich mich in eine dunkle Gasse zurückzog, um Zeuge dieses festlichen Auftritts zu sein.

Ran eilte ich zu Manon zurück und sagte den Dienern, um meinen Verdacht bei ihnen aufkommen zu lassen, sie bräuchten nicht mit dem Souper auf ihren Herrn zu warten, der durch Geschäfte aufgehalten werde und mich beauftragt habe, ihn bei Manon zu entschuldigen und bei ihr zu soupazieren, was ich für eine große Ehre zu schätzen wisse.

Zugewandert arbeitete unser böser Dämon an unserem Untergang. Während wir im Rahmen des Entzündens schwelgten, hing schon das Damocles-Schwert über unseren Häuptern, und das Haar, an dem es schwebte, war im Begriff zu reißen.

Während wir im Rahmen des Entzündens schwelgten, hing schon das Damocles-Schwert über unseren Häuptern, und das Haar, an dem es schwebte, war im Begriff zu reißen.

Badische Politik Auf in den Wahlkampf mit Handgranate und Seitengewehr!

Die deutschnationale 'Süddeutsche Zeitung' geht jetzt bei nahe täglich gegen den 'Volksfreund' los. Nicht so, die bittere Feindschaft des Orgeßblattes ehrt uns. Vor allen Dingen ist das Orgeßblatt aufgebracht, weil wir die Monarchisten scharf anfaßen. In der Antwort in der Freilagausgabe finden wir diese nette Stelle:

Die Frage: Wo waren damals die Monarchisten, als es galt, den monarchischen Standpunkt zu vertreten, soll also wiederum im badischen Wahlkampf aufgerollt werden. Uns soll es recht sein, Auf in den Kampf, die Gaschwadren liegen hinter den Stellungen.

Allo: mit Handgranate und Seitengewehr! Im Notfall tut es natürlich auch der Dreifüßler und die Mistgabel, die zwar die Hauptwaffen unter den Deutschnationalen praktisch bei der Arbeit nicht zu handhaben wissen, die aber ihren geistigen Waffen gleichen. Wir sehen dem Ansturm der Galantkrieger trotzallem mit großer Ruhe entgegen.

Die obestehende Notiz war bereits gesetzt, als die Nachricht von dem ar dem Abg. Eraberger betübten nationalpolitischen Neuchelmore eintraf. An dieser furchtbaren Bluttat wird die Wirkung der Wortschöpfung der deutschnationalen Presse ja klug illustriert. Uns soll es nicht wundern, wenn während des kommenden Wahlkampfes irgend ein deutschnationaler Galantkrieger die Aufforderung der 'Süddeutschen Zeitung' genau wörtlich nimmt und unter Anwendung von Norddröcken für die deutschnationalen Ziele und gegen politische Gegner kämpft.

25. Deutscher Ortskrankenkassentag

Die Jahresversammlung des Hauptverbandes Deutsche Ortskrankenkassen, die vom 21.—23. August hier tagte, zeigte eine Beteiligung wie noch nie zuvor. Es sind 500 Kassen mit 6 1/2 Millionen Mitgliedern durch 184 Arbeitgeber, 885 Versicherte und 395 Angestellte vertreten, sowie verschiedene Vertreter der Behörden.

Geschäftsführer Lehmann-Dresden erstattete den Geschäftsbericht für das letzte Jahr. Der Verband befindet sich in stetiger Aufwärtsentwicklung. Es gehören ihm jetzt rund 1400 Kassen mit 6 1/2 Millionen Mitgliedern an. Nach der Berichtserstattung wurde der Vorstand beauftragt, dahin zu wirken, daß die Gehaltsgrenze für die Versicherungsleiter der Angestellten erhöht wird.

Über den Punkt: 'Die Ausgestaltung der Kassenleistungen' sprachen Verbandsvorsitzender Fräulein-Dresden und Verwaltungsdirektor Kohn-Berlin. Sie begründeten eine Entschärfung, nach der die Leistungen der Kassen entsprechend der Lebensentwertung erhöht werden sollen, die Gewährung des Krankengeldes vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit an geschäftlich die Hauspflege ausgebaut wird, die Familienhilfe, d. h. freie ärztliche Behandlung und Heilmittel an Familienangehörige eine Ausgestaltung erfahren usw. Es wurden dementsprechende Entschärfungen einstimmig angenommen.

Zu dem Punkt 'Arztfrage' referierte Lehmann-Dresden, der ausführte, daß man in den Beziehungen zu den Ärzten noch zu einem befriedigenden Resultat gekommen sei. Das Schiedsverfahren müsse gesetzlich geregelt werden; es müsse ein Zwang bestehen, die Schiedsstellen anzunehmen. Die Ausgaben für Arzt-honorare seien bei den Kassen viel mehr gestiegen als die Einnahmen. Redner begründete eine Entschärfung, in der der Antrag auf der grundsätzlichen Auffassung sei, daß die Arztfrage nur durch Einstellung des ärztlichen Dienstes in die Sozialversicherung befriedigend gelöst werden kann.

Am zweiten Verhandlungstag wurde über das Reichsversicherungsamt und die Krankenkassen gesprochen. Das einleitende Referat hielt Geschäftsführer Kohn-Berlin. Er verlangte darin u. a. auch die Krankenfürsorge für die nichtversicherungspflichtigen Krankengeldbesitzer. Die Krankenkassen, also namentlich die Krankengeldbesitzer, sollen vom Versorgungsamt selbst geleistet werden.

Als G. M. von dem Leibgardisten festgenommen wurde, war er von einem Diener begleitet, der die Pistole ergreif, als er ihn in Gefahr sah, und sofort dem alten G. M. von dem Verfall benachrichtigte.

Eine solche Nachricht mußte den Alten aufs äußerste beunruhigen; er besch nur diesen einzigen Sohn und liebte ihn mit ungelähmter; er war überhaupt für seine Jahre noch sehr feurigen Temperaments. Der Diener mußte ihm erst genau berichten, wie sein Sohn den Nachmittags verheiß hatte; ob er mit jemand in Handel geraten war, ob er an fremden Streitigkeiten teilgenommen, oder sich in einem verdächtigen Hause aufgehalten habe.

Ich stand im Begriff zu Bett zu gehen, als er kam. Ich hatte ihn nicht Kopfen gehört. Er aber erzählte mir zwei Polizeisten, und als die Diener ihm meldeten, daß der Geheiter nicht im Hause befände, geriet er auf den Einfall, seine Geliebte zu sehen, um vielleicht von ihr einige Aufklärung zu erhalten. Wir wollten eben ins Bett steigen, da tritt er ein und läßt unser Blut in den Adern frieren. Mein Gott! rief ich Manon zu. Der alte G. M.! Ich wollte zu meinem Begleiter greifen, der sich leider in das Wandblech verwickelt hatte, und die Polizeisten, denen meine Bewegung nicht entgangen war, die eilten schnell herbei, um sich seiner zu bemächtigen; — so wie ich dastand, bloß mit dem Hemd bekleidet, war mit kein Widerstand möglich.

(Fortsetzung folgt.)

Pr. 1
den. Ein
Die S
hellen de
Schlich.
mäßigkeit
fortführer
soll An
Ramb
die 'Re
Enschärfung
menschen
digkeit.
Der I
lungstage
sen. Den
führte, da
nein und
kung vor,
ber Seim
Gefolgebu
Krankenk
schließung
traflichen
Beminder
nen. Ma
Der
Karlheide
Mit
dorf-Dres
Für
lach 300
1000 M.
Die Koh
Am
meinichaf
verhande
zwischen
und Bran
Zuglöhen
Arbeiter
sem Ange
werden.
ungen a
ängern
industrie
Zöhen d
Für
Male br
sünf Die
Nati
ist nicht
will, wol
Aber ein
Weld wie
Da
Fünf ne
stalt mit
und tritt
Manne
Der
der Drit
ihm wie
Also:
Die
opfern für
werten M
Da
Bei
meinstim
wirken.
mangel
Da
Gemein
Frau
ste, um
sankten
luft, der
der Maj
Wäh
Daußere
ob niema
seinem
Da

Wirtschaftspolitische Rundschau

Das Spiel an der Börse — Die Gefahr der Syndikatsbildung — Teuerung und Lohnkämpfe

Das Spiel nimmt nicht nur die Leute gefangen bei dem Einsetzen am Totalfaktor, es breitet sich aus in allen Winkeln und verborgenen Ecken, es hat Hoch und Niedrig erfährt, und vielleicht ist nicht zuletzt das Treiben an der legitimen Spielbank, der Börse, mit ein Anreiz zu ihm, der zugleich Wege weist. Daß auch hier das Treiben in einem Ausmaß vor sich geht, wie bisher zu keiner Zeit, dafür spricht die Tatsache, daß die Berliner Börse und die Banken nicht mehr die Aufträge ihrer Kundenschaft laufend bewältigen konnten, und die Börse seinen anderen Rat wußte, als den, neben den zwei Rubeltagen noch einen dritten einzufügen, nur damit im Wust von Aufträgen bei höchster Anspannung des Personals und reichlichen Reueinstellungen eine ordnungsgemäße Erledigung möglich wurde.

Unser lieben Mitbürger haben sich besonders die in den letzten Wochen ankommende Tendenz der Markt zumute gemacht und fast spekuliert auf eine weitere Entwertung unseres Geldes. Berücksichtigt man, daß im Januar dieses Jahres der Dollar auf 55 stand, jedoch in der ersten Woche des August bis auf 90 und 95 im freien Verkehr hinaufgegangen war, so läßt sich der enorme Anreiz zum Börsenspiel erklären. In der Hoffnung, daß die deutsche Regierung unter dem Zwang, unter allen Umständen bis zum 31. August ein ziemlich erhebliches Restbudget der Milliarde, die der Entente übergeben werden mußte, aufzubringen; zu einem wahllosen Ankauf von ausländischen Werten genötigt werden würde, hat man große Marktbeträge in spekulativer Weise zum Ankauf von Devisen und auch ausländischer Gelbwerte hinausgegeben.

Ganz im Einklang mit dieser Devisenspekulation, die aus der Notlage des deutschen Reiches ein Geschäft macht, sieht die Kurstreiber in Industriewerten. Welche Umwandlung sich hier in der Wertung des Besitzes vollzogen hat, mag in einigen besonders krassen Beispielen gezeigt werden. Die Aktien der Phoenix-Gesellschaft notierten im Januar 1921, sie standen Anfang August 1244, trotzdem in dieser Zeit das Aktienkapital verdoppelt wurde. Sodamer Gußstahl ging in derselben Zeit von 470 auf 610 hinauf, Götterer Bergwerksaktien von 478 auf 721, die Mannesmann-Werke von 397 auf 821. Diese Wertsteigerung an der Börse hat für uns volkswirtschaftlich ein ganz besonderes Interesse.

Wir hören heute sehr oft, daß die neuen Steuern notwendigerweise eine Erhöhung der Warenpreise zur Folge haben müssen. Das wird wahrscheinlich eintreten, aber als eine zwingende Notwendigkeit aus den Vorgängen des Wirtschaftslebens ergibt sich unmittelbar diese Schlussfolgerung nicht. Ist es nicht eigenartig, daß in derselben Zeit, wo diese angebliche Belastung der Industrie in Aussicht steht, die Industrie dazu übergeht, ihre Aktienwerte immer höher hinauf zu schrauben. Es

kommt ferner hinzu, daß diese Unternehmungen fast ohne Ausnahme große Rückstellungen gemacht haben, um für Zeiten des schwächeren Geschäftsganges und auch zur Erneuerung der Anlagen ihrer Unternehmungen gerüstet zu sein. In allen diesen Unternehmungen steht in der Gewinnrate ein so hoher Betrag, daß ein erheblicher Teil zu Gunsten einer Preisfestsetzung der Fabrikate verwendet werden könnte. Von diesem allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkt betrachtet das Kapital nicht die Leistung seiner Unternehmungen, sondern ihm kommt es darauf an, die Gewinnquote möglichst hoch zu halten. Durch die Verstärkung der Unternehmungen wird die gegenseitige Konkurrenz die zur Preisfestsetzung dienen könnte, immer mehr ausgeschaltet, und nach dem Ausland sind bei der enormen Entwertung der Mark die Absatzmöglichkeiten in der Konkurrenz so günstig gestellt, daß hier eine preisfestsetzende Tendenz garnicht in Frage kommt.

Das sind die großen Gefahren, auf die vom Standpunkte der sozialdemokratischen Partei immer hingewiesen werden muß gegenüber den Anforderungen, für die gesamte Industrie eine Organisation der Zwangssyndikats zu schaffen. Zwangssyndikats in kapitalistischem Betriebe sind nur eine Stärkung der Kapitalmacht, die sich in ihrer ganzen Auswirkung gegen Arbeiter und Verbraucher wenden muß. Eine solche Organisation aufzuschieben, liegt im Interesse der Herren Stinnes, Thyssen, Alldener, aber nicht im Interesse der Arbeiter und der großen Masse der nicht zahlungsfähigen Verbraucher.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Preissteigerung auf dem Rohstoffmarkt das Signal gegeben, die Lohnfrage wieder in Fahrt zu bringen. Dabei stehen wir erst am Beginn der Preissteigerung, die sich in den nächsten Monaten noch voll auswirken wird. Der große Umfang der Lohnbewegung muß für unser Wirtschaftsleben, das solche schweren Erschütterungen nicht recht ertragen kann, von den bedeutendsten Folgen sein. Aber man wird die Forderungen der Arbeiter — ihnen folgen jetzt die Beamten — nicht zurückweisen können, denn tatsächlich ist bei den hohen Preisen für alle Gebrauchsgegenstände das Verlangen auf Erhöhung des Einkommens nur zu berechtigt.

Es ist zu verlangen, daß aus der Gewinnquote unserer industriellen Unternehmungen ein reichlicher Anteil zur Deckung erhöhter Arbeiterforderung zur Verfügung gestellt wird. Der Ausgang des englischen Vergleichenkreises ist hierfür ein gutes Beispiel, denn er legt den Anteil der Unternehmer am Gewinn auf 17 Proz., den der Arbeiter auf 83 Proz. fest. Wie vermögen nicht einzusehen, weshalb das festsitzende Aufblähen des Aktienkapitals, lediglich zu dem Zweck, die Gewinnquote proportional kleiner, als sie in Wirklichkeit ist, erscheinen zu lassen, eine unbedingte Notwendigkeit ist.

... Eine Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Die Regelung der Anstellungsbedingungen der Kassensängerinnen behandelte der Vorsitzende der Ortskrankenkasse Dresden, Schellisch. Nach einer lebhaften Debatte, die sich um die Zweckmäßigkeit des Tarifes und des Sperrgesetzes drehte, wurde die Fortführung der Arbeitsgemeinschaft beschlossen und einer Anzahl Änderungen des Tarifes zugestimmt.

Der wichtigste Verhandlungsgegenstand des letzten Verhandlungstages war die Arznei- und Heilmittelforschung der Kassen. Den einleitenden Vortrag hielt Lehmann-Dresden, der ausführte, daß alle Kassen über gewaltig gestiegene Kosten der Arznei- und Heilmittel klagten. Der Referent legte eine Entschließung vor, nach der Selbsthilfe der Kassen durch eigenen Bezug der Heilmittel empfohlen und eine Reihe Maßnahmen von der Gesetzgebung gefordert werden. Apotheken sollen gemeinsam von Krankenkassen und Gemeinden betrieben werden. Die Entschließung greift den Gehalten eines Antrages der sozialdemokratischen Fraktion des Preuß. Landtages auf, daß Apotheken von Gemeinden und Krankenkassen gemeinsam betrieben werden können. Man stimmt der Entschließung einstimmig zu.

Der nächste Ortskrankenkassentag findet voraussichtlich in Karlsruhe statt.

Mit einer Schlussansprache des Verbandsvorsitzenden Fräulein Dresden wurde die Tagung beendet.

Aus der Partei

Agitationsbezirk Karlsruhe

Wahlsondierung

Für den Wahlsond fandten ein: Kappelrodt 200 M., Durlach 200 M., Gaggenau 100 M., Weingarten 250 M., Karlsruhe 1000 M.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

... 24. Aug. ... des Deutsche ... tagte, zeigte ... Kassen mit ... 385 ... die ...

... 25. Dez. Todesfall. Am Mittwoch, den 23. ds. Mts., starb nach schwerem Leiden infolge einer im Kreise erhaltenen Verwundung unser Genosse Bernhard Böck. Er war einer der treuesten und pflichterfülltesten Mitglieder unserer Partei. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Obertrot, 27. Aug. Zu der am 28. ds. Mts. stattfindenden Arbeiterfeier des Ortsvereins Obertrot-Gilbertsau im Gasthaus zum „Grünen Hof“ Gilbertsau (Bahnhofstation Reichentalerstraße), verbunden mit Vortrag des Genossen Bischoff-Gaggenau, sind alle Ortsvereine sowie Freunde und Gönner unserer Sache herzlich eingeladen. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.)

Niederbühl, 27. Aug. Morgen Sonntag abend um 1/8 Uhr findet im Gasthaus z. „Birch“ eine öffentliche Versammlung statt, in der Genossin Landtagsabgeordnete Fischer aus Karlsruhe sprechen wird. Genossen, es ist Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch eure Frauen sowie Töchter nicht nur anwesend sind, sondern daß sie auch ihre Freundinnen und sonstige Bekannte mitnehmen, damit dieselben Einblick bekommen über die Ziele des Sozialismus und Schuler an Schuler den schweren wirtschaftlichen Kampf mit uns gegen die Wucherer aufnehmen.

Gewerkschaftliches

Die Lohnverhandlungen in der bad. Textilindustrie geklärt

Am Donnerstag, den 25. August 1921, war die Arbeitsgemeinschaft der badischen Textilindustrie in Freiburg zusammen getreten, um über die geforderten Teuerungszulagen zu verhandeln. Das Lohnangebot der Arbeitgeber bewegte sich zwischen 10 Pfg. und 20 Pfg. pro Stunde je nach Altersklassen und Branchen. Nach diesem Angebot wurde die Erhöhung für Tagelöhner durchschnittlich für Arbeiterinnen 23 Pfg. und für Arbeiter 41,8 Pfg. pro Stunde betragen. Damit sollten mit diesem Angebot alle Teuerungszulagen als abgegolten betrachtet werden. Dieses minimale Angebot war wiederum an Bedingungen auf Annahme des Mehrschichtsystems und Arbeitszeiterhöhung geknüpft. Da die Löhne in der badischen Textilindustrie bisher schon sehr niedrig waren und weit hinter den Löhnen der außerbadischen Bezirke zurückblieben, hatten die Ar-

better 50 Pfg. bis 210 Pfg. pro Stunde gefordert, um einigermaßen einen Ausgleich gegenüber der jetzigen Teuerung zu schaffen.

Da die Arbeitgeber kein weiteres Entgegenkommen zeigten, sind die Verhandlungen an der starren Unnachgiebigkeit der Arbeitgeber gescheitert.

Die Situation in der badischen Textilindustrie ist deshalb eine sehr gespannte und wird sich eine Landeskonferenz beider Arbeiterorganisationen im Montag, den 29. August, in Offenburg damit befassen.

Gemeindepolitik

Weinheim, 23. Aug. Der hier abgehaltene Reichsfeuerwehrtag hat beim Landesauschuss den Antrag gestellt, beim Ministerium des Innern dahin vorstellig zu werden, daß in die neue Gemeindeordnung eine Bestimmung eingefügt wird, wonach allen Gemeinden zur Pflicht gemacht ist, die freiwilligen Feuerwehren finanziell zu unterstützen.

Konstanz, 23. Aug. Der Stadtrat hat sich bereit erklärt, zur Förderung der Bautätigkeit und zur Behebung der Wohnungsnot privaten Baukäufern, die hier eine Wohnung inne haben und durch Neubau eine Wohnung freimachen, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses in jedem einzelnen Fall einen Zuschuß von 30 000 M. zu bewilligen.

Jugend und Sport

Lehrkurs für Frauenturnen in Durlach

Im Laufe des Jahres hat der Arbeiter-Turn- und Sportbund bereits eine Reihe von Lehrkursen abgehalten, um die technischen Leiter seiner Vereine weiterzubilden und mit dem modernen Turn- und Sportbetrieb vertraut zu machen. Ein weiterer Kurs speziell für die Leiter und Leiterinnen der Frauen-Turnabteilungen wird am 27., 28. und 29. Aug. in Durlach, Turnhalle der Hindenburgschule, stattfinden, welcher von Bundesturnwart C. E. B. aus Leipzig geleitet wird. Er beginnt bereits heute Samstag vorm. 10 Uhr und wird die Frauenturnwart mit einer Fülle neuen Materials für den Turnbetrieb ihrer Abteilungen bekannt machen.

Der Arbeiter-Athleten-Bund Deutschland, dessen 17. Kreis sich in Baden befindet, hält am morgigen Sonntag den 28. Aug. vormittags 8 Uhr beginnend, im Schreppischen Bierkeller, Beierheimer Allee 18, eine Vorhemmerstunde und Ringen ab. Anschließend findet eine Bezirkskonferenz zwecks Gründung eines Bezirkes für Karlsruhe und Umgebung statt. Hierzu sind die Freunde der Arbeiterportische, hauptsächlich die Kraftsportvereine, herzlich eingeladen. — Samstagvorm. 4 Uhr ab findet im Kolosseum große Sportvorstellung statt, zu der hauptsächlich die Vereine des Arbeiterports-Kartells eingeladen sind.

Ich hab mir was gedacht ...

Von Theodor Thomas.

I. Fünf Mann stehen um das Büfett herum. Zum fünften Male bringt der Kellner fünf Cognacs und zum dritten Male fünf Bier.

Natürlich müssen sie mal an das Zahlen denken. Die Beche ist nicht klein, sie beträgt 182 Mark. Als der Ober einfließen will, wollen alle fünf zahlen, jeder möchte die 182 Mark bezahlen. Über einer kann es nur. Die übrigen stehen fast enttäuscht ihr Geld wieder ein.

Da nähert sich der Gruppe eine abgenagerte Gestalt. Die fünf nehmen schnell noch einen zum Abweiden. Die Gestalt bittet um eine Unterstützung, da er schon lange stellenlos und mit seiner Familie ohne Mittel ist. Man sieht es dem Manne an, daß er nicht zum Betteln geboren ist.

Der Erste hört garnicht hin, der Zweite gibt ihm 50 Pfennig, der Dritte sagt: „das ist für uns beide“, beim Vierten gehts ihm wie beim ersten und der Fünfte gibt ihm noch 25 Pfennig, also:

Die Leute, die vorher bereit waren, jeder 182 Mark zu opfern für Alkohol, bringen 75 Pfennig für einen erbarmenswerten Mißbruder auf.

Da hab ich mir was gedacht ...

II. Bei einer Gesellschaft kommt die Rede auch auf den Gemeinfinn und die Pflicht der Menschen für und miteinander zu wirken. Die große Hitze bringt das Gespräch auch auf Wasser-mangel usw.

Da ergibt sich, daß die gleichen Leute, die so sehr für den Gemeinfinn schwärmen, alle ihr Gerippe im Laufe haben.

Frau Hallgarten teilt z. B. in größter Seelenruhe mit, daß sie, um kühle Butler zu behalten, Tag und Nacht das Wasser laufen läßt, — man denke an den Wassermangel, an den Verlust, der in die Tausende von Riter geht, an den Kraftaufwand der Maschinen.

Während noch über Gemeinfinn geredet wird, nimmt der Hausherr den vollen Afchenbecher — sieht vorsichtig hinunter, ob niemand im Garten ist und schlupp hat er den ganzen Salat seinem Nachbar auf die Blumenböppe geschüttelt.

Da hab ich mir was gedacht ...

III. „Kinder dürfen nicht lügen“ sagte mir Frau Goldmann, „man darf da auch in Kleintigkeiten nicht nachgeben, sonst ist es nicht durchzuführen.“

„Allerdings“ gab ich zu, „konsequenz sein, ist hier unbedingt Pflicht, doch mag es nicht immer durchzuführen sein.“

„Ziemlich und unbedingt“ betonte sie scharf. „Das ist schon, ich wollte, dies wäre die Auffassung aller Erzieher.“

Wir sprechen dann von etwas anderem, von der Schule glaub ich.

Da klingelt es. „Ach Gott, das wird die Müllerin sein, die Tranlampe. Geh an die Tür, Diesel, wenn sie es ist, dann sag, ich wäre bei Tante Klara.“

„Der Adel lauft hinaus und richtig — die Müllerin schwimmt wieder ab.“

„Verzeigung Frau Goldmann, was das nicht auch gelogen?“

„Nun ja, so Verlegenheitsausreden, das sind doch keine Lügen, höchstens Neulügen, das gilt nicht.“

Da hab ich mir was gedacht ...

IV. Wir waren zusammen in der Versammlung. Bandler hieß er, der mit gewaltiger Stimme davon sprach, wie man von dem heutigen Stand der Dinge erschrickert sein müsse, mehr Aufklärung, radikalere Kampfmittel seien nötig.

Der Mann sprach nicht gut, aber desto lauter, das glied sich aus.

Nachmittags mußten wir in meine Wohnung; die Frau so rückständig, wie man es garnicht schädeln kann. Der Junge in einem bürgerlichen Fußballklub. Die Tochter kam grad vom Konfirmandenunterricht.

Da hab ich mir was gedacht ...

erzählte, daß er zwanzig Fässer guten Wein im Keller habe und jeden Tag seine 2-3 Mädchen „behe“.

Einer sagte, wieviel Weichen wohl falsch gestellt würden, wenn jeder Bahnbediente im Verhältnis so viel Alkohol zu sich nähme.

„Ja“ gab Ehrwürden zur Antwort, „Wein und Fasel ... ist doch gar kein Vergleich und überhaupt welcher Unterschied.“

Da hab ich mir was gedacht ...

Man sollte überhaupt viel mehr denken ...

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Die Intendanz des Ba. Landestheaters gibt in Folgendem diejenigen Werke bekannt, die im Laufe der kommenden Spielzeit hier erstmalig zur Aufführung kommen sollen:

Schauspiel-Aufführungen: „Spiel der Schatten“ von Sel-muth Unger; „Anna Bolshyn“ von Emil Bernhard; „Frauen-tenner“ von Leo Lenz. — Schauspiel-Eraufführungen: „Al-faulst“ (Goethes „Faust“ in ursprünglicher Gestalt); „Der Bür-ger als Edelmann“ nach Molière in neuer Fassung von Hugo Hofmannsthal; „Ruff“ von Richard Strauß; „Katte“ von Ger-mann Burtz; „Mose Bernd“ von Gerhart Hauptmann; „Reer Gunt“ von Gerhart Hoffmann; „St. Jakobsfahrt“ von Dieckhoff; „Kauz“ von August Strindberg; „Das Postamt“ von Rabindranath Tagore; „Der und Tod“ von Hugo von Hofmannsthal; „Gobias“ von Hans Frank; „Legende eines Lebens“ von Ste-fan Zweig; „Don Juan und Faust“ von Christian Dietrich Grabbe, bearbeitet von Erich Köpfer; „Ostern“ von Ludhart; „Die Kreuzschreiber“ von Ludwig Angenruber; ferner „Soln Windhund“ von Kurt Kraak; „Die beiden Seebunde“ von Karl Höpfer.

Opern-Aufführungen: „Die verstellte Einfalt“ (La finta semplice) von Mozart, in der textlichen Neugestaltung von An-ton Rudolph; „Der Weg zur Liebe“ von Alfred Lorenz. Opern-Eraufführungen: „Der Schatzgräber“ von Franz Schreker; „Schatzgräber“ von Bernhard Selles; „Titus“ von Mozart, in der textlichen Neubearbeitung von Anton Rudolph; „Templer und Jüdin“ von Max Schneider, Neubearbeitet von Gerlach. Un-ter diesen Werken sind einige, die als ältere Aufführungs-verpflichtungen von der jetzigen Intendanz auf die neue Spielzeit übernommen wurden.

Die im Schauspiel und in der Oper geplanten Neueinstu-dierungen werden jeweils besonders bekannt gegeben werden.

Der veränderte Entwurf zu einem Parteiprogramm

Der erste Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm hat sowohl in der Parteipresse wie in zahlreichen Parteiveranstaltungen herbe Kritik erfahren. Aus der Stimmung innerhalb der Parteikreise konnte ruhig gefolgert werden, daß der erste Entwurf in Gänze keine Annahme finden werde. Die Programmkommission hat nun erneut Beratungen abgehalten und den Entwurf abgeändert. Erst eine genauere Prüfung wird ein Urteil darüber ermöglichen, inwieweit die Änderungen grundsätzlicher und tatsächlicher Art sind.

Der abgeänderte Entwurf hat diesen Wortlaut:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsklassen für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Erhebung. Sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre ernste Verpflichtung an, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgaben in der sozialistischen Gesellschaft.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich als unfähig erwiesen, den Stoff- und Sanftbettern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten steht die große Mehrheit der mit Not und Elend kämpfenden gegenüber.

Der Weltkrieg und die Friedensdiktate haben die kapitalistische Entwicklung noch verschärft. Die in den Wegen der kapitalistischen Wirtschaft begründete fortschreitende Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen ist noch beschleunigt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrauungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: Weitere monopolistische Wirtschaftsgewinne und Kapitalverhäufte und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleistung und der arbeitenden Klassen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und die Vernichtung bisher selbständiger Existenzen. So weitet sich die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Reichtum und Mangel.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelpetulant und Geldwucherern empor. Diesem Aufstieg sozial wertloser, ja gesellschaftsschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiser Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens durch den Einfluß des Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen zu imperialistischer Ausdehnung, zu Eroberung neuer Anlagen und Absatzmärkte. Sie beschleunigt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwert welterschütternde Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe durch Sozialisierung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische Gemeinwirtschaft überführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Auf- und Ausbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit entwickelt und zu lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden. Hierzu wirken helfend, wirtschaftlich erziehend, die Kampfkraft gegen den Kapitalismus färdend die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse. Ferner ist unerlässlich die Festigung der Deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch der Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheitsherrschaft.

Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkerbund.

Die auf die Bewirkung des Sozialismus gerichtete Arbeit bleibt aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und die internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, stellt die Sozialdemokratische Partei als Aktionsprogramm und als Ziel ihres Wirkens Forderungen auf.

Die wirtschaftlichen Forderungen

Die Bodenschätze und Naturkräfte sind der privaten Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Alle Privatbesitz an kapitalistischen Produktionsmitteln, vor allem die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts, solange sie noch nicht in öffentliche Betriebe überführt sind, sind vom Reiche zu kontrollieren, in der Leistungsfähigkeit zu heigern und in ihrer Preisregelung zu beaufsichtigen.

Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reiches und aller Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung und unter Vermeidung der Bureaucratifizierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Verbrauchergenossenschaften.

Für die landwirtschaftliche Produktion und für die in ihr Beschäftigten

Erleichterung des schweren Daseinskampfes des Kleinbauers, vor allem Förderung des genossenschaftlichen Betriebes zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, zum Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln.

Überführung der landwirtschaftlichen Betriebe in die Organisation des Verkaufs landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Genossenschaften der Bauern, eventuell durch Zwangsgenossenschaften. Förderung der Eidelungen unter Wahrung der höheren Rechte der Allgemeinheit.

Intensivierung der Landwirtschaft und Vermehrung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens mit finanzieller Unterstützung des Reiches, der Länder und Gemeinden. Kontrolle der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, Verkaufsrecht von Reich, Ländern und Gemeinden bei jeder Besitzänderung.

Nachbarn gegen Veräußerung von Grund und Boden, der dem Reich oder anderen öffentlichen Körperschaften gehört. Sozialisierung des Großgrundbesitzes und Anbahnung des Hypothekensystems.

Zur Ordnung der Reichsfinanzen

fordert die Sozialdemokratische Partei:

Progressive Gewinnbesteuerung der öffentlichen Gewinne

an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen.

Sonderbesteuerung der von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffenen Vermögensbestandteile. Ausreichende Besteuerung der landwirtschaftlichen Uebersehewirtschaft.

Sicherung und Weiterbesteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie ihre Anpassung an die Wertveränderung und Leistungsfähigkeit des arbeitenden Kapitals. Größte Besteuerung jedes beschwenderischen Ueberverbrauchs.

Fortschreitende Erfassung der Steuer an der Quelle.

Für den Ausbau der Verfassung und Demokratisierung der Verwaltung

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik, Heranziehung aller Volksgenossen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der deutschen Republik zum Einheitsstaat, einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung, für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesellschaftlich organisierten Gemeindeverbänden (Kreis, Bezirke, Provinzen). Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberster Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems, Ausbau des Reichs der unmittelbaren Volkswahl.

5. Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrungen. Erhebung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republik mißbrauchen, durch zurechnungsfähige Republikaner. Unterstellung aller Verwaltungsvorgänge unter die gerechte Volksvertretung.

6. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufsbändige Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Ratesystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

Für die Kommunalpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

I. Als Grundzüge der Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung:

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreterkörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der jederzeitigen Erneuerung durch kommunale Initiative, sowie Möglichkeit der Aufhebung und Wiedereinsetzung der Gemeindevertretung. Unterstellung aller Gemeindevorstände unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Voten an die Gemeindevorstände. Straflosigkeit für Äußerungen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommuneinheiten und Vereinigung von leistungsunfähigen Zwerggemeinden. Uebertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Verorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit. Befreiung des staatlichen Aufsichtswesens auf das Recht der Veranlassung ungeschickter Verwaltungsakte der Gemeinde. Befreiung des Befähigungsrechts der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

II. Für die Gemeindeverhältnisse:

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zurechnung von Anteilen an den Erträgen der Reichsteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Begegnung. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

III. Für das Schulwesen:

Selbstverwaltung der Schulanlagen durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

IV. Für die Wirtschaftsbetriebe:

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

Zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Ein einheitliches Arbeitsrecht auf den Grundlagen wirksamer Arbeiterschutzbestimmungen. Einheitliche durch die Einführung der Arbeitslosen-Familienfürsorge, der Muttererleichterung, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ausgebaute soziale Versicherung.

Einschneidende Sonderbestimmungen, vor allem Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit, Verbot der Nachtarbeit, der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in Betrieben von besonderer Gesundheitsgefährlichkeit und hoher Unfallgefahr. Neuzugriff der Nachtarbeit für erwachsene Männer, Verbot der Nachtarbeit für alle übrigen Beschäftigten.

Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden.

Überführung der Heimarbeit in geschlossene Betriebe.

Besondere Fürsorge für kinderreiche Familien.

Im besonderen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

für die Beamten des Reiches und aller anderen öffentlichen Einrichtungen:

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamten-genossenschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

Für den Ausbau und für die Verbesserung der Gesundheitspflege

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Übernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb unter Beteiligung jeglicher privatrechtlicher Wirtschaftskräfte. Angliederung des gesamten

Heil- und Gesundheitswesens auf alle Volksgenossen. Uebernahme und Ausbau der Krankenanstalten, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitlichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land. Einrichtung von Entbindungsanstalten bis zur völligen Deckung der Bedürfnisse. Eingliederung der Heil-, Heil- und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältiger Berücksichtigung der Arbeitsleistung und Arbeiterparität unter Zufuhr aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung des Handels und des Verkehrs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, wirksame und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter Totenschau.

Zum Wohnungswesen

stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Forderungen auf:

Bergesellschaftung des Wohnungswesens, Beseitigung und Erhebung ungefundener Wohnungen. Erhebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht, Wohnungsplanung und Siedlungswesen.

Reichsgesetzliche Regelung der Obdachlospflege.

Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrie.

Zur Umgestaltung der Rechtspflege

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele ergibt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, vollständige Gesetzespflege, Zusammenfassung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, schließliche Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafrecht fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungshaft, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Verurteilung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zuständigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozess fordern wir: gleiche Rechtsverhältnisse für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güterverfahren für alle Streitigkeiten, Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte und unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterjuristen, Verdrängung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlicher und wirtschaftlicher Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerichts der Armen.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz- und Erziehungswesen, nicht Vergeltungsstrafrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Strafe nach Gütereinheiten; bei Unvermögen Recht der Arbeit statt Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung; Wiedererückung neben oder statt der Strafe; Verdrängung des Richterstands; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmäßigkeit; scharfe Umgrenzung aller Tatbestände; erhöhte Schuld der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft und ihrer politischen und gemeinschaftlichen Rechte; einheitlicher Ausbau des Wucherstrafrechts; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs; Beseitigung hoher Disziplinarstrafen; Stellung der Verurteilung gemeinschaftlicher Trinker.

Für das Privatrecht fordern wir: ein besonderes Arbeitsgesetzbuch; ein besonderes Miet- und Wohnungsgesetzbuch; Neuordnung des Rechts der Hausstellen; Einschränkung des freien Vertrages nach sozialem Bedürfnis; Neuordnung des Bodenrechts im Sinne des Obergewinns der Allgemeinheit; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Gesetzgebung; Beseitigung der Minderberechtigung der unehelichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Uebernahme der Fürsorgeerziehung auf Staat und Gemeinde; Verbot der fortwährenden Züchtigung in Schulen und Erziehungsanstalten; Begrenzung des Erbschafts; Erbschaft des Staates; Beteiligung der Allgemeinheit am Ertrage des Urheberrechts; Schutz auch des abhängigen Erfinders; Neuordnung des Patentrechts.

Zur Kulturpolitik

fixiert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Standpunkt in nachstehenden grundsätzlichen Festlegungen und Forderungen:

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familien-erziehung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.

2. Jugendhilfe ist zu einem selbständigen öffentlichen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten. Sie beginnt mit dem werdenden Kinde und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

3. Die öffentliche Schule ist zur weltlichen Einheitschule auszugestalten, Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsstätten der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinwesen Erziehung beider Geschlechter. Zuziehung des Laienlebens, Elternräte.

4. Körperliche Erziehung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwänge.

5. Gefühls- und erkenntnistätige Erziehung zum Frieden.

6. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die Kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

7. Ermöglichung des Aufstiegs zur Führerschaft in der Wirtschaft durch Betriebsratschulen, wirtschaftlichen Volkshochschulen, Arbeiteralademien.

8. Popularisierung der Erzeugnisse der wissenschaftlichen Forschung, Erschließung der Kunstschätze der Museen und Galerien für die Allgemeinheit. Wanderausstellung in der Provinz, Ausbau der Volkshäuser und der Volkstheater. Pflege der Heimatkunde.

9. Religion ist Privatsache. Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatsache, Trennung von Staat und Kirche.

Die Bitterdeutungen und Interessen

erstreckt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf alle Volksgenossen.

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.
 2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbündnisse anerkennendes Volk ausschließt. In seinem Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.
 3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofs. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.
 4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundgesetzes der offenen Tür für diese Gebiete.
 5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.
 6. Einsetzung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.
 7. Eine von den Grundzügen des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.
 8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Geradsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.
 9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

Aus dem Lande

Leutesheim, 25. Aug. Seit dem Bericht von der vorigen Woche über die Ruhr sind bis heute 6 weitere Todesfälle zu verzeichnen, so daß bis zum 25. Aug. insgesamt 22 Tote zu verzeichnen sind. Es ist dies für unseren kleinen Ort eine hohe Zahl. Die Krankenkassen haben in der letzten Woche nachgelassen, es waren nur einige Fälle gemeldet. Immerhin liegen noch einige Personen schwer darnieder. Infolge Nachlassens der Krankenkassen ist nun doch auf eine zunehmende Besserung zu schließen.
Konstanz, 26. Aug. (Selbstmordversuch.) Gestern nachmittag wollte ein 19-jähriges Fräulein sich das Leben nehmen. Sie mietete eine Gondel und fuhr bis auf die Höhe von Balduus Jakob. Dort stürzte sie sich in den See. Da sie aber schwimmen konnte, so — schwamm sie wieder an das Land und wurde von der Sanitätsrettungswache in das Krankenhaus gebracht.
Weihenau, 26. Aug. Seit einigen Tagen wurde der hier zur Kur weilende Fabrikant Häuser aus St. Blasien vermißt. Die Nachforschungen hatten das Ergebnis, daß der Leichnam aufgefunden wurde. Der Fabrikant Häuser hatte sich an einem Baume erhängt. Er war ungefähr 40 Jahre alt und wurde für schwerkränkt angesehen.

Zum Brandunglück in Sagnan

Sagnan, 26. Aug. Die Opfer des Brandunglücks wurden gestern morgen aus den Trümmern herbeigeholt. Die Familie Ehinger, Mutter, Vater und zwei Töchter, befanden sich noch beieinander und hatten sich anscheinend umklammert. Die Töchter des Postsekretärs Sigg wurde in den Trümmern ihrer Bettstelle aufgefunden. Das Feuer entzündet in dem unteren Stockwerk des Ehingerischen Hauses und griff so rasch an sich, daß die Fremden in dem danebenstehenden Gasthaus zum „Blau“ sich kaum noch retten konnten. Sie mußten zum Teil unter Zurücklassung ihrer ganzen Garderobe flüchten. Vier Personen wurden mit Verletzungen aus den Fenstern geholt. Minister Kemmele und Geheimrat Belzer erschienen an der Brandstätte und sprachen den schwer Geschädigten ihr herzlichstes Beileid aus. Der Gesamtschaden wird auf eine Million geschätzt. Die Brandgeschädigten sind teilweise nur sehr schlecht versichert, so daß der Schaden nur schwer gedeckt werden dürfte. Die ganze Bevölkerung von Sagnan beteiligt in der Hilfe für die Brandgeschädigten.

Der Heidelberger Mord und Ostkultismus

All. Heidelberger, 26. Aug. In der Untersuchungsfrage gegen den Eisenbahnarbeiter Leonhard Siebert wegen des Raubmordes an den beiden Bürgermeistern schreibt uns der Untersuchungsrichter beim hiesigen Landgericht, Landgerichtsrat Böhl, daß ihm seit der Mitternachtsmeldung, wonach eine Helfershelferin in Frankfurt Angaben über die Mordaffäre gemacht hat, fast täglich aus dem ganzen Reich und aus allen Kreisen der Bevölkerung Zuschriften mit der Bitte zugehen, sich zu dieser Pressemitteilung äußern zu wollen. Unter diesen Zuschriften finden sich auch solche ernter Fortschritt auf dem deliktumtrittenen Gebiete der ostlichen Erscheinungen. Da in den meisten dieser Fälle, so schreibt uns der Untersuchungsrichter, eine Verantwortung der an ihn gerichteten Fragen ohne gleichzeitige frische Stellungnahme zu den sonstigen Untersuchungsresultaten nicht möglich ist, so sei der Zeitpunkt, wo solche Mitteilungen ohne Gefährdung haben Untersuchungsgegenstand gemacht werden, noch nicht gekommen. Der Untersuchungsrichter bittet deshalb im Interesse eines ungehinderten Fortgangs der Untersuchung von Anfragen der bescheidenen Art bis zur Erlebigung des Strafverfahrens abzusehen.

Die kommende Kartoffelnot

Radolfzell, 26. Aug. Am letzten Sonntag wurde in Radolfzell durch die Reichs- und Landtagsabgeordneten des Bezirks, sowie durch die Geistlichkeit und Behörde eine Konferenz abgehalten, in der einmütig beschlossen wurde, an die Miltätigkeit der bäuerlichen Bevölkerung zu appellieren und sie zu einer freiwilligen Kartoffelabgabe aufzufordern. Die Aufforderung soll durch die Lehrer oder Geistlichen an die einzelnen Gemeinden ergehen. Es wird erwartet, daß durch das Ergebnis der Versammlung die Not der Bevölkerung, die in diesem Jahre besonders groß ist, gelindert werden kann.

Ob das nun zutrifft, muß abgewartet werden. Wir sind nach früheren Erfahrungen mit derartigen Aufrufen an die Miltätigkeit überaus skeptisch. Wir sind der Meinung, daß die Geistlichen und Lehrer ihren Einfluß dahin geltend machen sollten, daß die Landwirte ihre Produkte zu einem angemessenen Preis überhaupt abgeben und nicht stets den Preis für ihre Produkte nach der Notlage der Verbraucher richten. So anerkennenswert derartige Bestrebungen sind, um die Miltätigkeit in Anspruch zu nehmen, erreicht wird im allgemeinen wenig damit.

Einheits-Argente. Die „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht einen Entwurf über die beabsichtigte Umgestaltung der Grundlagen der deutschen Argente. Der vorliegende Entwurf soll eine Vereinfachung der Lage darstellen, außerdem soll durch denselben eine besondere Handverkaufsstelle unnötig werden. Demgemäß würden alle heutigen Handverkaufsstellen wegfallen, während andererseits alle sog. Handverkaufsstellen, die für Krankenpatienten viel gebraucht werden, mit entsprechend niedrigen Preisen eingestrichelt sind. Dagegen sind die sog. Rezepturmittel und die Gifte mit höheren Preisen belegt.

Der deutsche Verkehrsband als Einheitsorganisation aller im Transport- u. Verkehrsgewerbe Beschäftigten

Ueber dieses Thema referierte der Reichstagsabgeordnete Genosse Schumann am Mittwochabend im großen Saale des „Friedrichshof“. Der Deutsche Eisenbahnerverband und der Transportarbeiterverband, dessen Hauptvorsitzender Schumann ist, hatten ihre Mitglieder und solche die es werden wollen, eingeladen. Die Versammlung war überfüllt und mußten viele mit einem Stehplatz vorliebnehmen. Andere fanden keinen Platz mehr.

In rund 2 1/2 stündigem Vortrag behandelte der Redner in großartiger Weise das Thema, wobei er auf die Zwecke und Ziele der Deutschen Einheitsorganisation im Allgemeinen und des Deutschen Verkehrsbandes im Besonderen einging. Er verwies dabei auf die Notwendigkeit, die schon vor dem Kriege zu leisten war, um die deutsche Arbeiterkraft aus ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit und Ausbeutung und ihrer kulturellen Verkümmertemporzueben.

Als dann die Novemberrevolution 1918 ausbrach, die dem deutschen Volke die politische Freiheit brachte, trübten nicht nur die deutschen Arbeiterkraft, sondern auch die Masse der Angestellten und Beamten ihren politischen und wirtschaftlichen Organisationen zu. So auch die beim Staate beschäftigten Beamten und Arbeiter, die sich vor dem Kriege aus den bekannten Gründen nicht betätigen konnten. Hatte vor dem Kriege der D.D.G. 2 1/2 Millionen Mitglieder, so ist die Zahl derselben heute auf über 8 Millionen angewachsen. Alle jene glauben, daß sie nun einen guten „Eben“ finden und glauben, daß nunmehr auf dem schnellsten Wege aus der privatkapitalistischen Gesellschaft eine gemeinwirtschaftliche gemacht werden könnte. Heute könne man konstatieren, daß eine politische Umwälzung leicht zu machen ist, daß aber eine wirtschaftliche Umwälzung jahre- und jahrzehntelange dauern kann. Kauch, der anerkannte Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus, hat selbst sehr drastisch in der Frage der Volksozialisierung erklärt: „Wollen wir dieselbe sofort durchführen, siehe Deutschland in ein Tollhaus verwandelt.“

Kauch selbst wußte also, daß die Voraussetzungen fehlten. Und daß auch die nötigen Kräfte nicht vorhanden waren, geht schon daraus hervor, daß vor der November-Revolution nicht bloß weite Kreise uns indifferent, sondern sogar feindlich gegenüberstanden. Man ist eben nicht in der Lage, aus Reaktoren über Nacht Sozialisten zu machen. Auch nicht mit Gewalt. Selbstverständlich muß mit aller Energie an der Sozialisierung der dazu reifen Betriebe festgehalten werden. Wenn wir in dieser Beziehung noch nicht allzu weit gekommen sind, dann spielt die politische Herrschaft der Arbeiterkraft die Hauptrolle dabei. Es sei deshalb so zu erfreuen, daß die deutschen Gewerkschaften intakt geblieben seien. Sie stellen eine Kraft dar, mit der die Reaktionen zu rechnen haben. Alle reaktionären Bestrebungen werden an diesem Nachhaken scheitern. Das werden die kommenden Kämpfe beweisen. Wir dürfen deshalb nicht erlahmen, die Arbeiter, Angestellten und Beamten emporzuheben zu den denkwürdigen Gewerkschaften. Daß das bisher noch nicht genügend geschehen konnte, beweise in vielen Fällen die bisherige Tätigkeit der Betriebsräte. Großer Wert ist auf die Schulung derselben zu legen, damit sie ihren schweren Aufgaben voll und ganz gewachsen sind. Auch hier müsse es heißen: der richtige Mann an den richtigen Platz.

Der Deutsche Eisenbahnerverband und der Transportarbeiterverband haben sich in ihren letzten Tagungen auf gemeinsame Grundlagen im Deutschen Verkehrsband gestellt und ebensolche Grundzüge zur Verwirklichung ihrer Forderungen in bezug auf den geistigen und materiellen Aufstieg ihrer Mitglieder festgelegt. Aus ihrer politischen Neutralität sind sie zum ersten Male beim Rapp-Buch herausgetreten. Die Gefahr ist aber auch heute noch nicht beseitigt, sondern vielleicht größer, wie manche annehmen. Die Arbeiterbewegung hat nicht bloß Lohnkämpfer und Schachmänner zu Gegnern, sondern sogenannte Bürgerfreie, die politisch zu dem Zentrum oder den Demokraten zählen, stehen in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse den alten Obrigkeitsstaat wieder herbei. Hier anzusetzen möchte er die Frage aufwerfen: Können die Deutschen Gewerkschaften in ihrer heutigen Form die drohenden Gefahren abwehren und ihre zukünftigen Aufgaben erfüllen? Er antwortet mit einem klaren Nein! In der Deutlichkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Christliche, Sozialdemokratische, Freie Gewerkschaften) kommt die Verteilung in allzu viele kleine Gewerkschaften. Dem D.D.G. gehören z. B. 37 Gewerkschaften als Mitglieder an. Bei den Arbeitgebern sehe man das nicht. Viel Kraft und Energie werde jetzt gegeneinander aufgewendet, anstatt alle Kräfte gegen den gemeinsamen Feind zu sammeln. Er stehe auf dem Standpunkt, daß eine Versammlung der 37 Gewerkschaften im 17. oder 18. großen Industrieverbande möglich sei. Der Deutsche Eisenbahnerverband und der Transportarbeiterverband haben durch ihre Umwandlung bewiesen, daß man sehr wohl auf liebgewordene Einrichtungen oder Sondereinheiten verzichten könne, um der Allgemeinheit zu dienen. Jetzt muß unser Hauptaugenmerk darauf gelegt werden, die große Zahl der Beamten im Verkehrsband für die freigeberische Bewegung zu interessieren. Die Revolution hat den Beamten das Koalitionsrecht gebracht und es sei nicht anständig, daß die alte Grenze zwischen Arbeitern und Beamten aufrecht erhalten werde. Das Volkswort zwischen Beamten und Arbeitern, das einzelne Herren aus ganz bestimmten Gründen immer wieder aufzurichten versuchen, müsse für immer beseitigt werden. Es sei das um so notwendiger, als doch ein großer Teil der Beamten aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist und weiter hervorgehen wird. Mit dem Standeshütel müsse unbedingt gebrochen werden, wenn nicht die Beamten selbst schweren Schaden in der Zukunft nehmen wollen. Nicht analoges Abfinden von den Arbeitern, sondern ergiebige Pflanzung ab und nebenbei sei nötig, um auch in Zukunft den Beamten ihre volle Freiheit zu erhalten.

Von den Gegnern der freien Gewerkschaften werde fortgesetzt behauptet, daß die Arbeiter den Beamten ihre Rechte schmälern wollen. Das sei gelogen wie gedruckt und werde nur zu dem Zwecke verbreitet, die frühere Kluft zwischen Arbeitern und Beamten zu erweitern. Aber auch auf Seiten der Arbeiter werden in dieser Beziehung Fehler gemacht, die zu vermeiden seien. Hunderttausende von Beamten sind heute gezwungen, unter dem Existenzminimum zu leben, auch sie seien Protestierer im wahren Sinne des Wortes. Gerade deshalb sei ein enger Zusammenhänge nötig. Der Deutsche Verkehrsband habe Raum für alle im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger. Seine Gliederung in einzelne Sektionen gewähre eine gleichwertige Vertretung der Interessen seiner Mitglieder. Alle Vorurteile müssen zurücktreten vor dem großen hehren Ziel. Die Einigung aller Gewerkschaften und Lohnempfänger ist möglich, wenn wir nur wollen. Deshalb sei die beste Lösung: hinein in den Deutschen Verkehrsband! (Einmütiger Beifall.)

An der einseitigen Diskussion beteiligten sich die Kollegen Bärtle, Bauer und Deeg. Alle in zustimmendem Sinne. Schumann konnte sich deshalb auch beim Schlussworte kurz fassen, in welchem er verschiedene unrichtige Auffassungen von Bauer richtig stellte.

Hierauf konnte die recht eindrucksvoll verlaufene Versammlung von dem Vorjahren Kollegen Böttger geschlossen werden.

Aus der Stadt

Geschichtskalender

27. August. 1770 *Der Philosoph Friedrich Hegel in Stuttgart. — 1791 Die Ehe in Frankreich zum Zivilvertrag erklärt. — 1837 Prozeß der Saint-Simonisten in Paris.
 28. August. 1749 *Goethe in Frankfurt a. M. — 1864 Duell Lassalle-Ratowicz in Genf. — 1910 Internationaler Sozialistenkongreß in Kopenhagen.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdemokratischer Verein. Montag, den 29. ds. Mts., abends 6 Uhr, in der „Krone“, Amalienstraße, Vorstandssitzung. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Verein Arbeiter-Jugend. Sonntag, 28. August, Teilnahme am Sommerfest der freien Turner in Langensteinbach. Abmarsch 6 Uhr „Tobol“, Ecke Nebenturm- und Rappureckstraße. Musikinstrumente nicht vergessen!

Sozialdem. Verein. — Bezirk Ruppurr. Die nächste Versammlung findet am Mittwoch, 31. August, abends 8 Uhr, im „Zähringer Löwen“ statt. In derselben wird Gen. Schöpflin-Karlsruhe einen Vortrag über politische Zeitfragen halten. Es wäre erfreulich, wenn sich alle Parteigenossen ihrer Pflicht erinnern und die Versammlung besuchen würden. Auch die Frauen sind mitzubringen. Volkstrendler sind ebenfalls eingeladen. Genossen, werdet Parteimitglieder und Volkstrendler-Abonnenten!

Stellungnahme des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Badens zur Feuerungszulage

Der Zentralverband der Gemeindebeamten Badens hat in Berlin verlangt, daß an den Vorschlägen des Deutschen Beamtenbundes festgehalten wird. Die Stellungnahme des Zentralverbandes an in einer am Donnerstagabend stattgefundenen Mitgliederversammlung des Vereines der städtischen Beamten in Karlsruhe, die im Rathaussaale stattfand, zum Ausdruck. Auf Vorschlag des Verbandesdirektors Beiler nahm die Versammlung folgende Entschliessung an:

„Die in der Mitgliederversammlung des Vereines städt. Beamten in Karlsruhe zahlreich anwesenden städt. Beamten erkläre in den Vorschlägen der Reichsregierung über die Bewilligung einer Feuerungszulage keine geeignete Grundlage, um der Notlage der Beamten, insbesondere in den unteren Gehaltsklassen, auch nur annähernd zu steuern. Die Versammlung ist einmütig der Auffassung, daß die neuen Feuerungszulagen für alle Beamten gleichmäßig und einheitlich festgesetzt werden müssen, daß der vom Deutschen Beamtenbund vorgeschlagene Feuerungszuschlag von 6000 M. jährlich eher zu niedrig als zu hoch ist, daß die gleichzeitige Befreiung der Städtischen Feuerungszuschläge nach Ortsklassen durch Festsetzung des allgemeinen Feuerungszuschlages auf mindestens 70 Proz. und des Feuerungszuschlages zu den Kinderzuschlägen auf mindestens 200 Proz. zu erfolgen hat.“

Turnen, Spiel und Sport im Sinne der Volksgesundheit

Im Chemieaal der Technischen Hochschule, Eingang Kaiserstraße, findet heute Samstag, 27. Aug., abends 8 Uhr, ein **Leibesübungsabend** mit dem Thema „Turnen, Spiel und Sport im Dienste der Volksgesundheit“ statt. Der auf das Mindeste herabgesetzte Eintrittspreis von 1.15 M., ohne weitere Ausgaben, ermöglicht jedermann, vor allen Dingen auch der Jugend, die Teilnahme an der Veranstaltung. Zweck des Vortrages soll es in erster Linie sein, zu zeigen, wie vernünftiger, mäßig betriebener Sport auf das körperliche Wohlbefinden einzuwirken in der Lage ist. Es soll auch gezeigt werden, in welcher Weise Ausmüdigung und Mißstände im Sportwesen bekämpft werden können. Referent ist Genosse Benedig von der Reichszentral-Kommission für Sport- und Körperpflege. Wer es mit dem Arbeiterport ehrlich meint, und denselben nicht nur unter dem Gesichtswinkel des Vergnügens betrachtet, darf bei dem Vortrage nicht fehlen. Also auf in den Chemieaal, jeder einzelne aus der sporttreibenden Arbeiterkraft, der nicht zu den Schlafmützen gehört.

Ein 1600jähriges Jubiläum des Sonntags. Ein seltener von der großen Allgemeinheit ziemlich unbeachtetes Jubiläum feiert in diesem Jahre — der Sonntag. In dem Basler Familienblatt „Die Garbe“ plaudert Gustav Benz ausführlich über den „hochverdienten Jubilär“. Seinen interessanten historischen Ausführungen über die Entstehung und Handhabung der Sonntagsruhe entnehmen wir folgende Tatsachen: Am 7. März des Jahres 321, also vor 1600 Jahren, wurde der Sonntag zum erstenmal als öffentlicher Ruhetag proklamiert indem Kaiser Konstantin das erste Sonntagsgesetz erließ, wofür er den kurzen Wortlaut gab: „Alle Richter, Stadtleute jegliches Handwerks soll am hochgeachteten Tage der Sonntage ruhen. Die Leute auf dem Lande mögen erlaubtermaßen den Ackerbau nachgehen, da sich zuweilen für die Saat des Getreides und das Einsetzen der Weben kein passenderer Tag findet. Es möge somit am Ende in einem Augenblick die vom Himmel gebotene Gelegenheit verpaßt werden.“ Dieses ausschließlich durch das Christentum verurteilte Sonntagsgesetz erließ der Kaiser, bevor er selber Christ war.

An der städtischen **Wiedner- und Installateur-Fachschule** zu Karlsruhe beginnt am 3. Oktober ds. Js. das neue Wintersemester. Wie aus dem von der Direktion zu beziehenden Schulprogramm näher zu ersehen ist, will die Fachschule den jungen Gesellen dieses Gewerbes in zwei Semestern von je 4 Monaten Dauer eine grundlegende fachtheoretische und praktische Ausbildung in der Klempnerei und gesamten Installationsarbeiten bieten. Am Schluß des 2. oder Sommersemesters (Ende Juli des nächsten Jahres) findet die Meisterprüfung vor der hiesigen Handwerkskammer statt, der sich die Schüler nach der gesetzlich vorgeschriebenen Gesellenzeit und nach dem Besuch der Fachschule bis jetzt stets mit bestem Erfolg unterzogen haben.

Kolosseum. Am Donnerstag, den 1. September, abends 8 Uhr, wird das Kolosseum seine Winterpielzeit 1921/22 mit einem Variete-Programm beginnen, näheres hierüber folgt. Der Vorverkauf von Eintrittskarten findet in folgenden Zigarren-geschäften statt: M. Mehle, Ecke Wald- und Kaiserstraße, Edd. deutsches Zigarrenhaus Ecke Herren- und Kaiserstraße.

„Strauß“-Abend im Stadgarten. Das für Samstag, den 27. ds. Mts., abends von 8 bis 11 Uhr, im Stadgarten vorgegebene Sonderkonzert der Harmoniekapelle unter persönlicher Leitung von Johann Strauß-Wien begegnet allgemeinem Interesse. Hofballmusikdirektor a. D. Strauß hat für diesen Abend ein besonders zugkräftiges Programm unter der Dehse „Ein Strauß von Strauß“ zusammengestellt. Um das Konzert auf alle Fälle sicherzustellen, wird daselbe bei Regenwetter in der Festhalle abgehalten werden. Nur ist dann im Hinblick auf die Beschränkung der Platz der in die Halle zugelassenen Besucher zu den bekanntgegebenen Eintrittspreisen für den Stadgarten ein Zuschlag, wie aus dem Anzeigenenteil ersichtlich zu läßt.

en. Ueber-
 wien, Boli-
 sowie aller
 en Einrich-
 ungsanstal-
 ngliederung
 d Kranken-
 und Ge-
 Stadt und
 eilung und
 chen Miss-
 ständen der
 mitteln und
 tige Loten-
 erung nach
 die Forde-
 rung und
 ungsstul-
 Siedlungs-
 offindustrie.
 sozialistische
 bewindung
 Rechtsauf-
 s Recht der
 umpf gegen
 wir: die
 der Justiz,
 nische Ge-
 ans allen
 tern. Neis-
 dem Geiste,
 s Reich.
 Parierrecht
 1, Ausdeh-
 nen Straf-
 aller un-
 enen und
 sicherheiten
 eberfahren
 ung ohne
 Berücksich-
 tigen Ein-
 schiedliche
 erechtis der
 erziehungs-
 ung statt
 blänglichen
 ei Unter-
 gestaltung
 der statt
 miliderung
 Befreiung
 aller aus
 ihrer
 en Rechte;
 nung der
 zung; We-
 rdnung;
 s Arbeits-
 uch; Neu-
 ung des
 elung des
 einmigkeit;
 t; erleich-
 ung der
 die etzer-
 auf Staat
 an Schulen
 Erbrecht
 trage des
 Neuord-
 s ihrer
 angen und
 Familien-
 icken Ar-
 egestalten,
 dem Ein-
 eitschule
 und Ar-
 waltung,
 ung des
 schaltung
 ung zum
 en, Un-
 Berpfle-
 den Wis-
 iven, die
 erachtet
 in der
 ollshoch-
 en For-
 schulen
 z, Aus-
 der Sei-
 enzung,
 ert und

Wiederaufbau des Museumsgebäudes. Das während des Krieges völlig niedergebrannte Museumsgebäude, dessen Grundmauern seit mehreren Jahren stehen geblieben sind und das Stadtbild recht verunstaltet, wird jetzt wieder aufgebaut werden. Die Pläne hat die Architektenfirma Pfeifer u. Großmann ausgearbeitet. In dem Neubau soll ein großes Kaffee- und Restaurant untergebracht werden, ferner soll er die Räume der Museen-Gesellschaft, einen großen Konzertsaal und Büroräume umfassen.

Ende des Notgeldes. Die Reichsregierung hat an die Länder ein Schreiben gerichtet mit dem Ersuchen, in Zukunft die Ausprägung und das Drucken von Notgeld durch die Handelskammern, Gemeinden usw. zu verhindern und dafür zu sorgen, daß das noch vorhandene Notgeld möglichst eingeschränkt wird. Der Reichsregierung ist es durch besondere Maßnahmen gelungen, die Ausprägungsarbeit der Münzstätten nach Griesbach zu steuern, jedoch die Kleingeldnot bereits erheblich nachgelassen hat. Durch weitere Anordnungen hofft man, sie bald ganz beheben zu können. Wie eine Korrespondenz dazu erfährt, hat die bayerische Landesregierung bereits die Ankerurteilung des Notgeldes für den 1. Januar 1922 und dessen Einlösung angeordnet.

Konzerthaus. Am Dienstag, den 30., gelangt zum letztenmal der Operettenschlager „Die Tanzgräfin“ von Stolz zur Aufführung. In dieser Vorstellung treten letztmalig die beliebten Mitglieder Frau Lola Karoly und Herr Julius Steiner in großen Partien auf. In der am Mittwoch, den 31., stattfindenden Aufführung der Operette „Die Geisha“ verabschiedet sich das tüchtige Personal der diesjährigen Sommeroperette. Frau Lola Karoly beendet durch Ablauf ihres Gastspielvertrages ihre verdienstvolle Tätigkeit im Verbands des Landesbühnenvereins an diesem Abend, um sich ausschließlich Gastspielen und der Schreierigkeit zu widmen. Der beliebte Operettenschlager und Komiker Carl Loebell tritt in dieser Vorstellung als Janni zum letztenmal vor das hiesige Publikum, ebenso der stets gern gesehene Operettensänger Peter Hoenjelaers als Jantoy.

Gehört der Mann an diesen Platz? Zu dem in Nr. 192 unter vorstehender Überschrift veröffentlichten Artikel über den Konflikt im Kaufmanns- und Friseurgewerbe wird uns mitgeteilt, daß in dem bezeichneten Löhnen das Friseurgehandwerk natürlich nicht mit inbegriffen ist. Auch seien die Bedienungspreise nicht um das zehnfache, sondern um das 5-fache gestiegen.

Kochkurs für Mädchen. Auf den am 1. Oktober beginnenden neuen Kochkurs mit Einführung in die Hauswirtschaft, den die Mädchenfürsorge des Badischen Frauenvereins mit Unterstützung der Stadterwaltung im Geschäftsgehilfenheim veranstaltet, machen wir besonders aufmerksam. Der vierteljährliche Kurs ist mit geringen Ausgaben verbunden und gibt eine tüchtige Ausbildung zur Führung des eigenen Haushaltes wie zur Übernahme der Stellung einer Köchin oder Hausangestellten. Eine kleine Anzahl Teilnehmerinnen (auch von auswärts) kann Unterkunft im Geschäftsgehilfenheim finden.

Promenadenkonzert auf dem Schloßplatz. Am Sonntag, 28. ds. Mts., in der Zeit von 1/2 12 bis 1/2 1 Uhr veranstaltet die Feuerwehrgesellschaft auf Anregung des Verkehrsvereins ein Promenadenkonzert auf dem Schloßplatz.

Valuta-Bericht vom 26. August

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 6,95 Frs. Auszahlung Holland 26,12 M per holl. Guld. Auszahlung Schweiz 14,19 M per schw. Fr. Auszahlung England 308 M per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich 6,50 M per frz. Fr. Auszahlung New York 83,50 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 27. August 1921

Das Hochdruckgebiet hat sich vorübergehend ausgedehnt und in unserem Gebiet Auflockerung gebracht. Doch dringt von den britischen Inseln ein neues Tiefdruckgebiet vor, das morgen wieder Trübung und leichte Regenfälle bringen wird.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 140 Ptm., gef. 5 Ptm., Neßl 238, gest. 1, Maxau 386, gest. 6, Mannheim 283, gest. 5.

Zur Ermordung Erzbergers Einzelheiten über die Ermordung Erzbergers

Oberkirch, 26. Aug. (Drohbericht). Ueber die Vorgänge, die sich bei der Ermordung des Reichstagsabgeordneten Erzberger abgespielt haben, erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Die beiden Reichstagsabgeordneten Erzberger und Diez gingen in der Zeit zwischen 10 und 11 Uhr vormittags auf der von Griesbach nach Freudenstadt führenden Landstraße spazieren. In ziemlich großer Entfernung folgten ihnen zwei Männer. Den beiden Abgeordneten wurde die Sache ungemütlich, sie machten kehrt und gingen auf der Landstraße nach Griesbach zurück. Auch die beiden Fremden wendeten sich nun um und gingen nahe an Erzberger und Diez heran. Ohne irgend ein Wort zu sagen zog einer der Fremden plötzlich eine Schusswaffe, drückte los. Durch den Schuß wurde der Abg. Diez an der Schulter verletzt und stürzte zu Boden. Erzberger sprang nun über die Wölbung der Straße, um sich den beiden Unbekannten zu entziehen. Diese eilten ihm nach und feuerten mehrere Schüsse auf ihn ab. Auf der Verfolgung brach Erzberger zusammen und die beiden Täter feuerten unangeseht auf den am Boden liegenden Mann, der von 12 Kugeln durchbohrt, alsbald starb. In der Zwischenzeit war Diez wieder aufgestanden und hatte sich zu Erzberger begeben, der bereits verschiednen war. Die beiden Täter fanden in nicht allzuweiter Entfernung, wahrscheinlich um sich zu überzeugen, ob Erzberger tot sei, Diez stehen sie unangeseht. Als sich Diez dann vom Tatort wegbegeben, um Hilfe zu holen, verschwand die beiden Täter. Der Tatort ist in weitem Kreise von Gendarmerie umstellt und abgesperrt. Die Verfolgung der Täter wurde sofort aufgenommen.

Ill. Oberkirch, 27. Aug. (Drohbericht). Der an der Schulter verletzte Abg. Diez wurde nach Offenburg in das dortige Krankenhaus überführt. Seine Verletzung ist schwerer als im ersten Augenblick angenommen wurde, aber nicht lebensgefährlich.

Ueber die Persönlichkeit der Mörder steht bis zur Stunde nichts genaues fest. Nach den Angaben des Abg. Diez waren die beiden Täter ungefähr 25 Jahre alt. Sie waren gut gekleidet und saßen wie Touristen aus. Sie ließen die beiden Abgeordneten auf zwei bis drei Meter an sich herankommen und gaben dann plötzlich den ersten Schuß ab, von dem der Abg. Diez getroffen wurde.

Freiburg i. Br., 27. Aug. Zu dem Morgenschlag auf Erzberger berichtet die „Freiburger Tagespost“ noch: Der große Blonde, der Mörder, war bereits der Kriminalpolizei in Berlin am Anhalter Bahnhof aufgefallen. Er hatte sich bei der letzten Abreise Erzbergers verdächtig gemacht, war dann wieder in Neurath gesehen worden, wo sich Erzberger in der letzten Woche aufgehalten hat. Es handelt sich bei diesem Menschen um eine Persönlichkeit, die Erzberger schon seit längerer Zeit systematisch verfolgte.

Besprechungen beim Reichskanzler

Ill. Berlin, 27. Aug. Die Parteiführer versammelten sich gestern nachmittags zu einer Besprechung beim Reichskanzler über den Aufnahmestritt des Reichstages, des Reichsausschusses, über die obersteinständige Frage, die Erhöhung der Beamtengehälter Steuerfragen und den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag.

Bei Eröffnung der Besprechung ergriß Reichstagspräsident Löss das Wort zu folgender Ansprache: Wir stehen alle unter dem erschütternden Eindruck der Nachricht von dem gräßlichen Mord an dem Abgeordneten Erzberger, die wir Ihnen erhalten haben. Ich finde keine Worte, um das Verbrechen zu leugnen, an dessen politischem Ursprung kein Zweifel ist. Aber ich werde von dem Eindruck nicht frei, daß diese Revolverkugel nicht nur unseren Reichstagskollegen Erzberger, sondern auch die Ruhe und den Frieden unseres Volkes getroffen hat, und daß sie unerbeybare Folgen für unser unglückliches Vaterland und Volk haben müssen. In dieser Stelle beschränke ich mich darauf, den Fraktionsfreunden des Ermordeten unsere herzlichste Teilnahme auszusprechen.

Alle Anwesenden hörten diese Rede Erzbergers, woran sich Worte für die verstorbenen Abg. Trimborn und Burlage angeschlossen, stehend an. Im weiteren Verlauf der Besprechungen kündigte der Reichskanzler eine Kundgebung der Regierung zu dem Mord an, sobald genauere Einzelheiten über die Tat vorliegen.

Die Regierung über die Mordtat

Berlin, 27. Aug. Alle maßgebenden Kreise der Regierung empfinden tiefe Entrüstung über die gräßliche Tat an dem Abgeordneten Erzberger. Die Ermordung Erzbergers und die sich daraus ergebende allgemeine Lage, waren Gegenstand des Kabinettsbeschlusses am gestrigen Nachmittag.

Berliner Pressestimmen zur Ermordung Erzbergers

Berlin, 27. Aug. Die „Freiheit“ überschreibt ihren Artikel über den Mord an Erzberger mit der Überschrift: „Erzberger von der Reaktion ermordet.“ Die Blätter der Deutschen Nationalen und Militaristen“ und fordert von der Regierung ein wirksames Programm zur Bekämpfung der reaktionären Gefahr. Die „Deutsche Zeitung“ verdammt die Tat, hält aber nicht für verabschiedungswürdig den Versuch, ein Verbrechen, dessen Ursache noch niemand kennt als jämmerliche Parteiagitator auszunutzen.

Die „Kreuzzeitung“ meint, daß die verabschiedungswürdige Tat an die Ermordung der beiden Bürgermeister im Walde von Heilberg erinnere, daß es kein Mord aus politischen Gründen ist, sondern die Schüsse auf den Abg. Diez zu benehmen. Das „Berliner Tageblatt“ bespricht in einem mit „Die Schul“ überschriebenen Artikel die jüdische innerpolitische Lage und fragt, ob der Mordanschlag das Signal zu weiteren Dingen ist und ob Deutschland am Vorabend von Ereignissen steht. Der „Lokal-Anzeiger“ hält es für sehr wahrscheinlich, daß es politische Ueberlegung gewesen ist, die diesen Schuß, den er auf das Schicksal beurteilt, geführt hat, um einem neuen Aufleben des Erzbergerischen Regimes vorzubeugen. Ein Artikel der mehrheitssozialistischen Korrespondenz beschuldigt die Reichsparteien der Mordankündigung und kündigt eine neue Revolution an und behauptet, daß die Folgen der Ermordung Erzbergers katastrophal sein werden.

Die „Frankfurter Zeitung“ sagt zu der Mordtat: Obgleich im Augenblick nähere Mitteilungen noch fehlen, besteht kaum ein Zweifel darüber, von welchen Motiven die zwei jungen Burichen, die Erzberger getötet haben, geleitet waren: es ist ein politischer Mord. Schon einmal, in Berlin, ist Erzberger von einem jungen Burichen angegriffen worden, dem der unmaßerliche Kampf der Rechten gegen Erzberger den Kopf verdrückt hatte, und der in seiner Verlesung meinte, ein gutes Werk zu tun. Damals ist die Sache noch gut abgelaufen, diesmal aber hat Erzberger sein Leben lassen müssen. Verwundern kann man sich wirklich nicht: gerade in den letzten Wochen ist wiederum eine Woge gegen Erzberger betrieben worden, die ihresgleichen nicht hat. An diesem Manne war vieles zu tadeln, aber es gibt ein Maß in allen Dingen, das man nicht überschreiten kann ohne Preisgabe der Gewissenhaftigkeit. Von solchem Maße war nichts mehr in der Agitation, die sich gegen ihn richtete. Die Art, wie man Erzberger verfolgte, war ein Verbrechen, und es hat nun das noch Bösere geboren: einen Mord.

Letzte Nachrichten

Der schneidige Herr Polizeipräsident

München, 26. Aug. Der Polizeipräsident weist in öffentlichen Ansprüchen darauf hin, daß im Anschluß an die heute stattfindende Feuerungsstundegebung der Betriebsräte der freien Gewerkschaften Straßenfundierungen vorgeesehen seien mit dem Zweck einer politischen Umwälzung. Er erklärt, er werde alle diese Straßenfundierungen rücksichtslos unterbinden. Auf der Mann ein schlechtes Gewissen haben, daß er gleich von einer Demonstration der Arbeiter eine politische Umwälzung...

Möbel Aussteuer - Woche Bär

Eröffnung am Montag, den 29. August, zur kommenden Räumen, offerieren wir: Eröffnung

Karlsruhe Kaiserstraße 115 Eingang Adlerstraße
Offenburg Hauptstraße 52, neben Hotel Rhein Hof.

Brüder W. & H.

Aussteuer I Mk. 3990 in schön lackierter Ausführung - Farbenwahl -
Schlafzimmer bestehend aus: 2 Bettlatten, 1 Schrank, 1 Waschkommode, 2 Nachttische, 1 Handtuchständer.
Wohnzimmer bestehend aus: 1 Vertiko m. Spiegelauflage, 1 Tisch, 4 Stühle.
Küche bestehend aus: 1 Küchenschrank, 1 Tisch, 2 Hocker.

Aussteuer II Mk. 5446 nußbaum poliert, form-schöne gute Ware -
Schlafzimmer bestehend aus: 2 Bettlatten, 1 Chiffonier, 1 Waschkommode mit Spiegelauflage, 2 Nachttische, 1 Handtuchständer, 2 Stühle.
Wohnzimmer bestehend aus: 1 Vertiko m. Spiegelauflage, 1 Tisch, 4 Stühle.
Küche m. schön. Verglas., best. aus: 1 Küchenschrank, 1 Tisch, 2 Stühle.

Aussteuer III Mk. 7818 in eichen, hell und dunkel, moderne Art
Schlafzimmer m. Schmitzer-eien bestehend aus: 2 Bettlatten, 1 Schrank, 1 Waschkommode m. Spiegelauflage, 2 Nachttische, 1 Handtuchständer, 2 Stühle.
Speisezimmer bestehend aus: 1 Büfett, 1 Tisch, 4 Stühle.
Küche (Messing-Verglasung) bestehend aus: 1 Büfett, 1 Kredenz, 1 Tisch, 2 Stühle.

Aussteuer IV Mk. 11440 in eichen hell u. dunkel, still-voller Ausführung
Schlafzimmer mit Schmitzer-eien bestehend aus: 2 Bettlatten, 1 Spiegel-schrank, 1 Waschkommode, Marmor-n. Spiegelauflage, 2 Nachttische, 1 Handtuchständer, 2 Stühle.
Speisezimmer bestehend aus: 1 Büfett, 1 Kredenz, 1 Tisch, 4 Stühle.
Küche (Messing-Vergl.) bestehend aus: 1 Büfett, 1 Kredenz, 1 Tisch, 2 Stühle.

Aussteuer V Mk. 16800 dasselbe mit Inhalt wie bei IV jedoch mit steil Spiegel-schrank mit Wäsche-Einrichtung, größerem Speisezimmer und größerer Küche

Sofas, Chaiselongues, Rosshaar, Kapok, Woll- und Seegeras-Matratzen werden in eigener Polsterwerkstätte bei billigster Berechnung angefertigt. Federbetten in prima Qualitäten.

Neu zugelegt: Kompl. Kinderzimmer, eis. Bettlatten in allen Größen und versch. Ausf., Korb- und Dielen-Möbel, Kaffee- und Restaurations-Einrichtungen, Herde, Bilder, Uhren, Wandspiegel etc. etc.

Für Brautleute günstige Kaufgelegenheit. Verkauf angeführter Möbel auch in einzelnen Stücken. Kostenlose Aufbewahrung bis zu 1 Jahre.

Von der Reise zurück
Dr. Adolf Heinsheimer
Zahnarzt
und Zahnärztliches Röntgenlaboratorium.
5664

Von der Reise zurück
Frauenarzt Dr. Kunz
Kriegstrasse 174. 5714

Für kleine Kinder ist der
Sorin-
crüßpflanz
Dermatologen's Medizinale
Sorbin-Kräftiger
bring zu einem
Pflanz, sie
wird gerade
zu Minder-
3. Erhöhen,
Pflanz, der
Wachstums-
Derbe - Creme
Lond. zu empf. In Bad. in all. Apoth. Drog. u. Parf.

Färbe zu Hause
Kleider, Blusen, Tücher,
Bänder, Strümpfe, Garne,
Gardinen, Spitzen u.s.w.
nur mit
Heitmann's Farben
Best-
bewährt
Größte
Auswahl
Andere Farben zurückweisen
Alleinige Fabrikanten:
Gebr. Heitmann, Köln & Riga

Von der Reise zurück
Dr. A. Meyer, Zahnarzt
Waldstrasse 30 5767 Telefon 1754.

Leutesheim.
Auf 1. September d. J. ist die Stelle des
Fiskusinhabers des Volksfreund infolge Rücktritts
des langjährigen bisherigen Fiskusinhabers, neu zu
besetzen.
Gelegene, zuverlässige Bewerber wollen sich
alsbald beim Vorsitzenden des Parteibereichs
Herrn Georg Karch in Leutesheim melden.
Verlag des Volksfreund.

Agitiert für den „Volksfreund!“

„No, no.“ sagte jemand aus dem Publikum, „und wenn es doch einen gibt? Und schon trat ein Bauerndiener aus den Reihen. „Was soll er freieren? Ich bin doch lebendig genug, was?“ Da war ein großes Grinsen. Die Hochzeiten...

Die Wirtin... Mit Vater Zeller ging eine merkwürdige Verbindung... lang vor sich. Spiegeln gewohnt er die Ehe wieder unter ein breites Kissen überlag sein. „No, no, lieber Herr.“ sprach er, „trotzdem muß er doch...“

„No, no.“ sagte jemand aus dem Publikum, „und wenn es doch einen gibt? Und schon trat ein Bauerndiener aus den Reihen. „Was soll er freieren? Ich bin doch lebendig genug, was?“ Da war ein großes Grinsen. Die Hochzeiten...

